

Ausgabe 3

April 2010

**SüdBlick** **SPD**

**der Informationsdienst der SPD  
für den Düsseldorfer Bundestagswahlkreis 108**

*„Kristina Köhler  
ist Roland  
Kochs Rache an  
Angela Merkel“*

*Karin Kortmann  
nach der Rede der  
Familienministerin  
in der  
Haushaltsdebatte  
des Deutschen  
Bundestages*

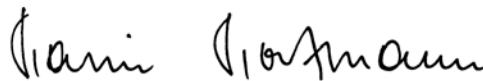
**Artikelübersicht:**

Finanztransaktions- steuer	2
Wahlkampfauftakt in Düsseldorf	3
aus der Bundestags- fraktion	5
Mannheimer Abkommen	5
Namen, Daten & Fakten	6

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Genossinnen und Genossen**

Der Landtagswahlkampf hat begonnen. Am Samstag fand die zentrale Auftaktveranstaltung der NRW**SPD** in der Philipphalle in Düsseldorf statt. Mit guten Reden der SPD-Ministerpräsidenten aus Rheinland-Pfalz, Berlin, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, Interviews mit Andrea Nahles und Manuela Schwesig; tollen Darbietungen aus den Musicals, die in NRW beheimatet sind und hervorragender Musik. Den Höhepunkt bildete die Rede unserer Spitzenkandidatin Hannelore Kraft. Mehrere tausend Besucherinnen und Besucher konnten sich davon überzeugen, dass die SPD gut aufgestellt in den Landtagswahlkampf geht. **Die NRW-Wahl ist eine Schicksalswahl für ganz Deutschland.** Denn an Rhein und Ruhr entscheidet sich auch, ob die Bundesratsmehrheiten von CDU/FDP gekappt werden können. Nur eine SPD geführte Landesregierung in NRW hat die Kraft die höchst gefährliche Kopfpauschale der Bundesregierung zu verhindern, die geplanten Steuersenkungen, die zu einer weiter ansteigenden Staatsverschuldung und einem Ausbluten der Städte und Gemeinden führt zu beenden. Zum ersten Mal haben alle Wahlberechtigten wie bei der Bundestagswahl zwei Stimmen: eine für den Wahlkreiskandidaten, eine für die Partei. Ich werbe um beide Stimmen für die SPD.

Ihre



Karin Kortmann



## Für eine europäische Finanztransaktionssteuer

Anlässlich der Erklärung der Bundeskanzlerin am 25. März 2010 zum Europäischen Rat am 25./26. März in Brüssel und der Debatte über die neue Europäische Strategie „EU 2020“ hat die Bundeskanzlerin erklärt, was sie nicht will. Sie will keine europäischen Ziele zur Bekämpfung der Armut. Sie will keine konkreten Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Sie tut nichts, um Vertrauen auf den Finanzmärkten herzustellen.

### Bundeskanzlerin verschleiert Absichten

Die Bundeskanzlerin hat nicht gesagt, was sie will. Im Gegensatz dazu erklärt die SPD-Bundestagsfraktion unmissverständlich: Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer, um das Finanzroulette zu stoppen, klimafreundliche Technologien zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen.

### Finanztransaktionssteuer brächte Milliarden

Bereits eine minimale Steuer von 0,05 Prozent auf jede Finanztransaktion in der EU würde jährliche Einnahmen in Höhe von rund 200 Milliarden Euro bringen. Der Anteil Deutschlands an diesem Aufkommen in Höhe von fast 40 Milliarden Euro könnte für ein zweites Konjunkturprogramm genutzt werden, da das erste Programm in diesem Jahr ausläuft. Mit der Finanztransaktionssteuer könnten somit rund 380 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Schließlich würde die Finanztransaktionssteuer dazu beitragen, die gefährlichen und schädlichen Spekulationen an den Finanzmärkten zu verringern, ohne die Funktion der Finanzmärkte zu beeinträchtigen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich eindeutig für die Finanztransaktionssteuer einzusetzen.

---

**Christa und Horst  
Kaufmann aus Garath  
feierten am 8. April ihren  
50. Hochzeitstag.  
Herzlichen  
Glückwunsch!**



## SPD-Ratsfraktion begrüßt geplante Verfassungsänderung für den Erhalt kommunaler Jobcenter

Nach monatelangen Verhandlungen ist die lange geplante Reform der kommunalen Jobcenter nun endlich unter Dach und Fach. Eine Runde führender Vertreter der CDU/FDP-Koalition und der SPD auf Bundesebene sowie die Ministerpräsidenten der Länder verständigten sich gestern Abend auf eine Grundgesetzänderung, die die Beibehaltung der Jobcenter in der bisherigen Form möglich macht. Damit ist der Weg frei, dass die bundesweit ca. 6,5 Millionen Hartz IV-Bezieher auch künftig gemeinsam von Arbeitsagenturen und Kommunen betreut werden können. „Mit der nun vereinbarten Verfassungsänderung werden den etwa 60.000 Düsseldorfern, die Arbeitslosengeld II beziehen, auch in Zukunft Hilfen aus einer Hand garantiert. Wir begrüßen diese Lösung ausdrücklich“, so Andreas Rimkus, SPD-Ratsherr und zukünftiges Mitglied des Verwaltungsrates der Düsseldorfer Agentur für Arbeit.

---



## SPD-NRW- Auftaktveranstaltung zur Landtagswahl am 10. April in der Philipphshalle in Düsseldorf



*„Zu oft treffe ich junge Menschen ohne Chance auf Ausbildung. Sie sind noch keine zwanzig Jahre alt, aber schon ohne Perspektive. Doch selbst diejenigen, die eine gute Ausbildung machen oder studiert haben, blicken viel zu oft in eine unsichere Zukunft mit Dumpinglöhnen, Praktika, Minijobs, Zeitverträgen und Leiharbeit. Wir müssen gesellschaftliche Fehlentwicklungen stoppen, Strukturen verändern. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehe und nicht der Markt. Dafür kämpfe ich!“*

*Hannelore Kraft*



**Beste Bildung für alle:** Wir wollen kein Kind mehr verlieren. Das Schul-System muss durchlässiger werden und Aufstieg wieder möglich machen. Wir stehen für längeres gemeinsames Lernen und kleinere Klassen in Gemeinschaftsschulen. Wir wollen Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule.





### **Gute Arbeit für alle:**

Wir brauchen endlich flächendeckende Mindestlöhne, es muss Schluss sein mit dem Missbrauch bei der Leih- und Zeitarbeit. Gute Arbeit bedeutet für uns auch eine Ausbildungsgarantie. NRW muss wieder zum Land der Mitbestimmung und der starken Arbeitnehmerrechte werden.

### **Zusammenhalt schaffen:**

Wir wollen Sicherheit und Teilhabe auch und gerade für Menschen im hohen Alter. Die Qualität der Gesundheitsversorgung darf nicht vom Alter oder vom Geldbeutel abhängen. Wir brauchen klare Perspektiven für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religion und Kultur.



### **Städte und Gemeinden stärken:**

Wir stehen für lebenswerte Kommunen. Unser „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ soll den klammen Städten und Gemeinden mehr finanzielle Spielräume eröffnen. Unsere Politik steht für den Grundsatz: „Stadt und Land – Hand in Hand“.



### **Klimaschutz ist unser Fortschrittsmotor:**

Wir machen unseren Industriestandort fit für die Zukunft. Wir nutzen die ökologischen Herausforderungen für eine neue wirtschaftliche Dynamik. Arbeit und Umwelt gehören für uns zusammen. Wir setzen auf unsere heimischen Energierohstoffe: auf immer mehr erneuerbare Energien und auf unsere Kohle. Wir stehen zum Atomausstieg.



## Aus der SPD-Bundestagsfraktion

### Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes – Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer

Wir wollen die Integration von in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger umfassend fördern. Hierzu gehört

aus unserer Sicht ein dem demokratischen Prinzip entsprechendes Kommunalwahlrecht auch für Ausländerinnen und Ausländern, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EU besitzen. Nur CDU und CSU lehnen es ausdrücklich ab, das Kommunalwahlrecht auf Staatsangehörige von Drittstaaten zu erstrecken. Durch unseren Gesetzentwurf

zur Änderung des Grundgesetzes wollen wir den Ländern die entsprechenden Möglichkeiten einräumen. Danach sollen Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten nach Maßgabe von Landesrecht bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden wahlberechtigt und wählbar sein sowie an Abstimmungen teilnehmen können.

## Mannheimer Abkommen Uneins - aber einig?

Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Düsseldorf



von links: Karin Kortmann, Rudolf Dressler, Reiner Hoffmann (Landesbezirksleiter Nordrhein der IG BCE), Martin Weinert (FES), Karl-Heinz Krems (Landtagskandidat)

---

**Rudolf Dressler**, langjähriger SPD-Arbeitsmarktexperte und ehemaliger Botschafter referierte in der Glashütte Gerresheim über das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften. 1906 wurde auf dem SPD-Parteitag in Mannheim das sog. **Mannheimer Abkommen** beschlossen, das die formale Gleichberechtigung von SPD und Gewerkschaften beschlossen. Heute sind es zwei unabhängige Organisationen, die gleiche Ziele verfolgen, aber unterschiedliche Wege und Methoden verfolgen. "Wir tun gut daran, denn die Gewerkschaftsmitglieder dürfen nie der verlängerte Arm einer Partei sein und die SPD hat als Partei in Regierungen und Parlamenten einen anderen per Grundgesetz festgelegten Gestaltungsauftrag. Da, wo wir aber gemeinsam gehen, ist die Wirkung am Größten", so Karin Kortmann.

# Namen, Daten & Fakten

Impressum:

## SüdBlick

Hrsg.: Karin Kortmann  
c/o SPD  
Kavalleriestr. 16  
40213 Düsseldorf



[www.karin-kortmann.de](http://www.karin-kortmann.de)

Fotos: SPD, Oliver Schreiber,  
Michael Gstettenbauer, NRWSPD,  
Karin Kortmann  
Karikatur: Klaus Stuttmann



Zur Vorstellung des Entwurfs für das Grundsatzprogramm der Linkspartei erklärt die SPD-General-

sekretärin **Andrea Nahles**: Allmachtsphantasien ist kein Staat zu machen. Für uns ist klar: Eine Partei, die es nötig hat, sich an der SPD in ihrem Programm abzuarbeiten, zeigt, dass sie keine programmatischen und zukunftsfähigen Alternativen hat .

**Sigmar Gabriel**, besucht am Freitag, dem 26. März, mehrere Moscheen in NRW. Begleitet wird er, u.a. von Peter Maffay sowie weiteren Personen des öffentlichen Lebens in Deutschland. Die rechts-populistische „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen“ (pro NRW) plant am 26. März Demonstrationen und

Aktivitäten vor mehreren Moscheen in NRW, u.a. in Duisburg, Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Oberhausen und Mülheim a.d. Ruhr . Am Sonntag, dem 28. März, besucht Gabriel die Moschee in Duisburg-Marxloh und nimmt anschließend an der zentralen Gegendemonstration gegen den „Stern-

marsch“ von pro NRW auf die Moschee teil.



Als "wichtiges Signal" hat der Vorsitzende des DGB **Michael Sommer** die arbeitsmarktpolitischen Vorschläge der SPD begrüßt. Als "Partei der

guten Arbeit" habe die SPD die Sicherung und Entwicklung von Normalarbeitsverhältnissen ins Zentrum ihrer Überlegungen gestellt. "Wir

halten das für ausgesprochen sinnvoll", betonte Sommer. Den Beschluss der SPD finden Sie auf meiner webseite .



Immer mehr Menschen unterschreiben gegen die Kopfpauschale. Mittlerweile sind es über 100.000 Unterschriften, die bei SPD und Gewerkschaften eingegangen sind.



Neues Königspaar der Schillschen Offiziere in Eller:

**Sylvia und Herbert Prickler**  
Krönungsball am 13. März 2010-04-11  
Herzlichen Glückwunsch